

Ulrike Meinhof

Das Konzept Stadtguerilla

1972 (Kursiv in eckigen Klammern: Begriffserläuterungen des Textbearbeiters)

Zwischen uns und dem Feind einen klaren Trennungsstrich ziehen! Mao

„Wenn der Feind uns bekämpft, ist das gut und nicht schlecht:

Ich bin der Meinung, dass es für uns - sei es für den Einzelnen, für eine Partei, eine Armee oder eine Schule - schlecht ist, wenn der Feind nicht gegen uns Front macht - denn in diesem Fall würde es doch bedeuten, dass wir mit dem Feind unter einer Decke steckten. Wenn wir vom Feind bekämpft werden, dann ist das gut; denn es ist ein Beweis, dass wir zwischen uns und dem Feind einen klaren Trennungsstrich gezogen haben. Wenn uns der Feind energisch entgegentritt, uns in den schwärzesten Farben malt und gar nichts bei uns gelten lässt, dann ist das noch besser; denn es zeugt davon, dass wir nicht nur zwischen uns und dem Feind eine klare Trennungslinie gezogen haben, sondern dass unsere Arbeit auch glänzende Erfolge gezeitigt hat.“ Mao Tse Tung, 26. Mai 1939

[...]

Dass fast alles, was die Zeitungen über uns schreiben - und wie sie es schreiben: alles -, gelogen ist, ist klar. Entführungspläne mit Willy Brandt sollen uns zu politischen Hornochsen stempeln, die Verbindung zwischen einer Kindsentführung und uns zu Verbrechern, die in der Wahl der Mittel skrupellos sind. Das geht bis in die „gesicherten Einzelheiten“ in „Konkret“, wo allerdings schon die für die Sache belanglosen Details nur zusammengeschludert wurden. Dass es bei uns „Offiziere und Soldaten“ gäbe, dass jemand jemandem „hörig“ sei, dass jemals jemand „liquidiert“ werden sollte, dass Genossen, die sich von uns getrennt haben, noch was von uns zu befürchten hätten, dass wir uns mit der vorgehaltenen Knarre Zutritt zu Wohnungen oder Pässe verschafft hätten, dass „Gruppenterror“ ausgeübt würde - das alles ist nur Dreck.

[...]

Die Frage, ob die Gefangenenbefreiung [*Andreas Baader wurde in einer Aktion mit Ulrike Meinhof am 14. Mai 1970 befreit*] auch dann gemacht worden wäre, wenn wir gewusst hätten, dass ein Linke [*Georg Linke: Bibliotheksangestellter im Institut für Soziale Fragen*] dabei angeschossen wird - sie ist uns oft genug gestellt worden -, kann nur mit Nein beantwortet werden. Die Frage: was wäre gewesen, wenn, ist aber vieldeutig - pazifistisch, platonisch, moralisch, unparteiisch. Wer ernsthaft über Gefangenenbefreiung nachdenkt, stellt sie nicht, sondern sucht sich die Antwort selbst. Mit ihr wollen Leute wissen, ob wir so brutalisiert sind, wie uns die Springerpresse darstellt, da soll uns der Katechismus abgefragt werden. Sie ist ein Versuch, an der Frage der revolutionären Gewalt herumzufummeln, revolutionäre Gewalt und bürgerliche Moral auf einen Nenner zu bringen, was nicht geht. Es gab bei Berücksichtigung aller Möglichkeiten und Umstände keinen Grund für die Annahme, dass ein Ziviler sich noch dazwischen werfen könnte und würde. Dass die Bullen auf so einen keine Rücksicht nehmen würden, war uns klar. Der Gedanke, man müsste eine Gefangenenbefreiung unbewaffnet durchführen, ist selbstmörderisch.

[...]

Am 14. Mai, ebenso wie in Frankfurt, wo zwei von uns abgehauen sind, als sie verhaftet werden sollten, weil wir uns nicht einfach verhaften lassen - haben die Bullen zuerst geschossen. Die Bullen haben jedes Mal gezielte Schüsse abgegeben. Wir haben z.T. überhaupt nicht geschossen, und wenn, dann nicht gezielt: in Berlin, in Nürnberg, in Frankfurt. Das ist nachweisbar, weil es wahr ist. Wir machen nicht „rücksichtslos von der Waffe Gebrauch“. Der Bulle, der sich in dem Widerspruch zwischen sich als „kleinem Mann“ und als Kapitalistenknecht, als kleinem Gehaltsempfänger und Vollzugsbeamten des

Monopolkapitals befindet, befindet sich nicht im Befehlsnotstand. Wir schießen, wenn auf uns geschossen wird. Den Bullen, der uns laufen lässt, lassen wir auch laufen. Es ist richtig, wenn behauptet wird, mit dem immensen Fahndungsaufwand gegen uns sei die ganze sozialistische Linke in der Bundesrepublik und Westberlin gemeint. Weder das bisschen Geld, das wir geklaut haben sollen, noch die paar Auto- und Dokumentendiebstähle, derentwegen gegen uns ermittelt wird, auch nicht der Mordversuch, den man uns anzuhängen versucht, rechtfertigen für sich den Tanz. Der Schreck ist den Herrschenden in die Knochen gefahren, die schon geglaubt hatten, diesen Staat und alle seine Einwohner und Klassen und Widersprüche bis in den letzten Winkel im Griff zu haben, die Intellektuellen wieder auf ihre Zeitschriften reduziert, die Linken wieder in ihre Zirkel eingeschlossen, den Marxismus-Leninismus entwaffnet, den Internationalismus demoralisiert zu haben. So zimperlich freilich, wie die sich aufführten, so verletzbar ist die Machtstruktur, die sie repräsentieren, nicht. Man sollte sich von ihrem Gezeter nicht dazu verleiten lassen, selbst große Töne zu spucken. Wir behaupten, dass die Organisation von bewaffneten Widerstandsgruppen zu diesem Zeitpunkt in der Bundesrepublik und Westberlin richtig ist, möglich ist, gerechtfertigt ist. Dass es richtig, möglich und gerechtfertigt ist, hier und jetzt Stadtguerilla zu machen. Dass der bewaffnete Kampf als „die höchste Form des Marxismus-Leninismus“ (Mao) jetzt begonnen werden kann und muss, dass es ohne das keinen antiimperialistischen Kampf in den Metropolen gibt.

[...]

Die Bundesrepublik, von der Barzel [*CDU-Politiker*] vor sechs Jahren noch gesagt hat, sie sei ein wirtschaftlicher Riese, aber ein politischer Zwerg - ihre ökonomische Stärke ist seither nicht weniger geworden, ihre politische Stärke mehr, nach innen und außen. Mit der Bildung der Großen Koalition 1966 kam man der politischen Gefahr, die aus der damals bevorstehenden Rezession hätte spontan entstehen können, zuvor. Mit den Notstandsgesetzen hat man sich das Instrument geschaffen, das einheitliches Handeln der Herrschenden auch in zukünftigen Krisensituationen sichert - die Einheit zwischen politischer Reaktion und allen, denen an Legalität noch gelegen sein würde. Der sozial-liberalen Koalition ist es gelungen, die „Unzufriedenheit“, die sich durch Studentenbewegung und außerparlamentarische Bewegung bemerkbar gemacht hatte, weitgehend zu absorbieren, insofern der Reformismus der Sozialdemokratischen Partei im Bewusstsein ihrer Anhänger noch nicht abgewirtschaftet hat, sie mit ihren Reformversprechen auch für große Teile der Intelligenz die Aktualität einer kommunistischen Alternative aufschieben, dem antikapitalistischen Protest die Schärfe nehmen konnte. Ihre Ostpolitik erschließt dem Kapital neue Märkte, besorgt den deutschen Beitrag zum Ausgleich und Bündnis zwischen US-Imperialismus und Sowjetunion, den die USA brauchen, um freie Hand für ihre Aggressionskriege in der Dritten Welt zu haben.

[...]

Die Studentenbewegung als kleinbürgerliche Revolte abtun heißt: sie auf die Selbstüberschätzungen, die sie begleiten, reduzieren; heißt: ihren Ursprung aus dem konkreten Widerspruch zwischen bürgerlicher Ideologie und bürgerlicher Gesellschaft leugnen; heißt: mit der Erkenntnis ihrer notwendigen Begrenztheit das theoretische Niveau verleugnen, das ihr antikapitalistischer Protest schon erreicht hatte.

Gewiss war das Pathos übertrieben, mit dem sich die Studenten, die sich ihrer psychischen Verelendung in Wissenschaftsfabriken bewusst geworden waren, mit den ausgebeuteten Völkern Lateinamerikas, Afrikas und Asiens identifizierten; stellte der Vergleich zwischen der Massenaufgabe der „Bild“-Zeitung hier und dem Massenbombardement auf Vietnam eine grobe Vereinfachung dar; war der Vergleich zwischen ideologischer Systemkritik hier und bewaffnetem Kampf dort überheblich; war der Glaube, selbst das revolutionäre Subjekt zu sein, gegenüber der tatsächlichen Gestalt der bürgerlichen Gesellschaft und den sie

begründenden Produktionsverhältnissen ignorant.

Es ist das Verdienst der Studentenbewegung in der Bundesrepublik und Westberlin - ihrer Straßenkämpfe, Brandstiftungen, Anwendung von Gegengewalt, ihres Pathos, also auch ihrer Übertreibungen und Ignoranz, kurz: ihrer Praxis, den Marxismus-Leninismus im Bewusstsein wenigstens der Intelligenz als diejenige politische Theorie rekonstruiert zu haben, ohne die politische, ökonomische und ideologische Tatsachen und ihre Erscheinungsformen nicht auf den Begriff zu bringen sind, ihr innerer und äußerer Zusammenhang nicht zu beschreiben ist. Gerade weil die Studentenbewegung von der konkreten Erfahrung des Widerspruchs zwischen der Ideologie der Freiheit der Wissenschaft und der Realität der dem Zugriff des Monopolkapitals ausgesetzten Universität ausging, weil sie nicht nur ideologisch initiiert war, ging ihr die Puste nicht aus, bis sie dem Zusammenhang zwischen der Krise der Universität und der Krise des Kapitalismus wenigstens theoretisch auf den Grund gegangen war. Bis ihnen und ihrer Öffentlichkeit klar war, dass nicht „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“, nicht Menschenrechte, nicht UNO-Charta den Inhalt dieser Demokratie ausmachen; dass hier gilt, was für die kolonialistische und imperialistische Ausbeutung Lateinamerikas, Afrikas und Asiens immer gegolten hat: Disziplin, Unterordnung und Brutalität für die Unterdrückten, für die, die sich auf deren Seite stellen, Protest erheben, Widerstand leisten, den antiimperialistischen Kampf führen.

Ideologiekritisch hat die Studentenbewegung nahezu alle Bereiche staatlicher Repression als Ausdruck imperialistischer Ausbeutung erfasst: in der Springerkampagne, in den Demonstrationen gegen die amerikanische Aggression in Vietnam, in der Kampagne gegen die Klassenjustiz, in der Bundeswehrkampagne, gegen die Notstandsgesetze, in der Schülerbewegung. Enteignet Springer!, Zerschlagt die Nato!, Kampf dem Konsumterror!, Kampf dem Erziehungsterror!, Kampf dem Mietterror! waren richtige politische Parolen. Sie zielten auf die Aktualisierung der vom Spätkapitalismus selbst erzeugten Widersprüche im Bewusstsein aller Unterdrückten, zwischen neuen Bedürfnissen und den durch die Entwicklung der Produktivkräfte neuen Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung auf der einen Seite und dem Druck irrationaler Unterordnung in der Klassengesellschaft als Kehrseite.

[...]

Die Linken wussten damals, dass es richtig sein würde, sozialistische Propaganda im Betrieb mit der tatsächlichen Verhinderung der Auslieferung der „Bild“-Zeitung zu verbinden. Dass es richtig wäre, die Propaganda bei den GI's, sich nicht nach Vietnam schicken zu lassen, mit tatsächlichen Angriffen auf Militärflugzeuge für Vietnam zu verbinden, die Bundeswehrkampagne mit tatsächlichen Angriffen auf Nato-Flughäfen. Dass es richtig wäre, die Kritik an der Klassenjustiz mit dem Sprengen von Gefängnismauern zu verbinden, die Kritik am Springerkonzern mit der Entwaffnung seines Werkschutzes, richtig, einen eigenen Sender in Gang zu setzen, die Polizei zu demoralisieren, illegale Wohnungen für Bundeswehrdeserteure zu haben, für die Agitation bei ausländischen Arbeitern Personalpapiere fälschen zu können, durch Betriebs sabotage die Produktion von Napalm zu verhindern.

[...]

Wir bezweifeln, ob es unter den gegenwärtigen Bedingungen in der Bundesrepublik und Westberlin überhaupt schon möglich ist, eine die Arbeiterklasse vereinigende Strategie zu entwickeln, eine Organisation zu schaffen, die gleichzeitig Ausdruck und Initiator des notwendigen Vereinheitlichungsprozesses sein kann. Wir bezweifeln, dass sich das Bündnis zwischen der sozialistischen Intelligenz und dem Proletariat durch programmatische Erklärungen „schweißen“, durch ihrem Anspruch nach proletarische Organisationen erzwingen lässt. Die Tropfen und Rinnsale über die Niederträchtigkeiten des deutschen

Lebens sammelt bislang noch der Springer-Konzern und leitet sie neuen Niederträchtigkeiten zu.

Wir behaupten, dass ohne revolutionäre Initiative, ohne die praktische revolutionäre Intervention der Avantgarde, der sozialistischen Arbeiter und Intellektuellen, ohne den konkreten antiimperialistischen Kampf es keinen Vereinheitlichungsprozess gibt, dass das Bündnis nur in gemeinsamen Kämpfen hergestellt wird oder nicht, in denen der bewusste Teil der Arbeiter und Intellektuellen nicht Regie zu führen, sondern voranzugehen hat.

[...]

Wenn es richtig ist, dass der amerikanische Imperialismus ein Papiertiger ist, d.h. dass er letzten Endes besiegt werden kann; und wenn die These der chinesischen Kommunisten richtig ist, dass der Sieg über den amerikanischen Imperialismus dadurch möglich geworden ist, dass an allen Ecken und Enden der Welt der Kampf gegen ihn geführt wird, so dass dadurch die Kräfte des Imperialismus zersplittert werden und durch ihre Zersplitterung schlagbar werden - wenn das richtig ist, dann gibt es keinen Grund, irgendein Land und irgendeine Region aus dem antiimperialistischen Kampf deswegen auszuschließen oder auszuklammern, weil die Kräfte der Revolution dort besonders schwach, weil die Kräfte der Reaktion dort besonders stark sind.

Wie es falsch ist, die Kräfte der Revolution zu entmutigen, indem man sie unterschätzt, ist es falsch, ihnen Auseinandersetzungen vorzuschlagen, in denen sie nur verheizt und kaputtgemacht werden können. Der Widerspruch zwischen den ehrlichen Genossen in den Organisationen - lassen wir die Schwätzer mal raus - und der Roten Armee Fraktion ist der, dass wir ihnen vorwerfen, die Kräfte der Revolution zu entmutigen, und dass sie uns verdächtigen, wir würden die Kräfte der Revolution verheizen.

[...]

Das Konzept Stadtguerilla stammt aus Lateinamerika. Es ist dort, was es auch hier nur sein kann: die revolutionäre Interventionsmethode von insgesamt schwachen revolutionären Kräften.

Stadtguerilla geht davon aus, dass es die preußische Marschordnung nicht geben wird, in der viele sogenannte Revolutionäre das Volk in den revolutionären Kampf führen möchten. Geht davon aus, dass dann, wenn die Situation reif sein wird für den bewaffneten Kampf, es zu spät sein wird, ihn erst vorzubereiten. Dass es ohne revolutionäre Initiative in einem Land, dessen Potential an Gewalt so groß, dessen revolutionäre Traditionen so kaputt und so schwach sind wie in der Bundesrepublik, auch dann keine revolutionäre Orientierung geben wird, wenn die Bedingungen für den revolutionären Kampf günstiger sein werden, als sie es jetzt schon sind - aufgrund der politischen und ökonomischen Entwicklung des Spätkapitalismus selbst.

[...]

Was Stadtguerilla machen kann, hat die Studentenbewegung teilweise schon gewusst. Sie kann die Agitation und Propaganda, worauf linke Arbeit noch reduziert ist, konkret machen.

[...]

Stadtguerilla zielt darauf, den staatlichen Herrschaftsapparat an einzelnen Punkten zu destruieren, stellenweise außer Kraft zu setzen, den Mythos von der Allgegenwart des Systems und seiner Unverletzbarkeit zu zerstören.

Stadtguerilla setzt die Organisierung eines illegalen Apparates voraus, das sind Wohnungen, Waffen, Munition, Autos, Papiere.

[...]

Unser ursprüngliches Organisationskonzept beinhaltete die Verbindung von Stadtguerilla und Basisarbeit. Wir wollten, dass jeder von uns gleichzeitig im Stadtteil oder im Betrieb in den dort bestehenden sozialistischen Gruppen mitarbeitet, den Diskussionsprozess mit beeinflusst, Erfahrungen macht, lernt. Es hat sich gezeigt, dass das nicht geht. Dass die Kontrolle, die die

politische Polizei über diese Gruppen hat, ihre Treffen, ihre Termine, ihre Diskussionsinhalte, schon jetzt so weit reicht, dass man dort nicht sein kann, wenn man auch noch unkontrolliert sein will. Dass der einzelne die legale Arbeit nicht mit der illegalen verbinden kann. Stadtguerilla setzt voraus, sich über seine eigene Motivation im klaren zu sein, sicher zu sein, dass „Bild“-Zeitungsmethoden bei einem nicht mehr verfangen, dass das Antisemitismus-Kriminellen-Untermenschen-Mord&Brand-Syndrom, das sie auf Revolutionäre anwenden, die ganze Scheiße, die nur die abzusondern und zu artikulieren imstande sind und die immer noch viele Genossen in ihrem Urteil über uns beeinflusst, dass die einen nicht trifft. Denn natürlich überlässt uns das System nicht das Terrain, und es gibt kein Mittel - auch keines der Verleumdung -, das sie nicht gegen uns anzuwenden entschlossen wären. Und es gibt keine Öffentlichkeit, die ein anderes Ziel hätte, als die Interessen des Kapitals auf die eine oder andere Art wahrzunehmen, und es gibt noch keine sozialistische Öffentlichkeit, die über sich selbst, ihre Zirkel, ihren Handvertrieb, ihre Abonnenten hinausreichte, die sich nicht noch hauptsächlich in zufälligen, privaten, persönlichen, bürgerlichen Umgangsformen abspielte. Es gibt keine Publikationsmittel, die nicht vom Kapital kontrolliert würden, über das Anzeigengeschäft, über den Ehrgeiz der Schreiber, sich in das ganz große Establishment reinzuschreiben, über die Rundfunkräte, über die Konzentration auf dem Pressemarkt. Herrschende Öffentlichkeit ist die Öffentlichkeit der Herrschenden, in Marktlücken aufgeteilt, schichtenspezifische Ideologien entwickelnd, was sie verbreiten, steht im Dienst ihrer Selbstbehauptung auf dem Markt. Die journalistische Kategorie heißt: Verkauf. Die Nachricht als Ware, die Information als Konsum. Was nicht konsumierbar ist, muss sie ankotzen. Leserblattbindung bei den anzeigenintensiven Publikationsmitteln, ifas-Punktsysteme [Einschaltquoten] beim Fernsehen - das kann keine Widersprüche zwischen sich und dem Publikum aufkommen lassen, keine antagonistischen, keine mit Folgen. Den Anschluss an den mächtigsten Meinungsbildner am Markt muss halten, wer sich am Markt halten will; d.h. die Abhängigkeit vom Springerkonzern wächst in dem Maße, als der Springerkonzern wächst, der angefangen hat, auch die Lokalpresse einzukaufen. Die Stadtguerilla hat von dieser Öffentlichkeit nichts anderes zu erwarten als erbitterte Feindschaft. An marxistischer Kritik und Selbstkritik hat sie sich zu orientieren, an sonst nichts. „Wer keine Angst vor Vierteilung hat, wagt es, den Kaiser vom Pferd zu zerren“, sagt Mao dazu.

[...]

Von „bewaffneter Propaganda“ werden wir nicht reden, sondern werden sie machen. Die Gefangenenbefreiung lief nicht aus propagandistischen Gründen, sondern um den Typ rauszuholen. [Anm.: Befreiung von Andreas Baader am 14. Mai 1970]

[...]

Stadtguerilla machen heißt, den antiimperialistischen Kampf offensiv führen. Die Rote Armee Fraktion stellt die Verbindung her zwischen legalem und illegalem Kampf, zwischen nationalem und internationalem Kampf, zwischen politischem und bewaffnetem Kampf, zwischen der strategischen und der taktischen Bestimmung der internationalen kommunistischen Bewegung.

Stadtguerilla heißt, trotz der Schwäche der revolutionären Kräfte in der Bundesrepublik und Westberlin hier und jetzt revolutionär intervenieren!

(gekürzte Fassung, ungekürzter Text abrufbar unter:

<http://www.nadir.org/nadir/archiv/PolitischeStroemungen/Stadtguerilla+RAF/RAF/brd+raf/004.html>)

Arbeitsanregungen:

Erarbeiten Sie aus dem Text:

- wie Ulrike Meinhof die Revolution gegen das gesellschaftliche und politische System der Bundesrepublik rechtfertigt;
 - in welchem internationalen Zusammenhang sie den Kampf der Roten-Armee-Fraktion sieht;
 - welchen Zusammenhang zur Studentenbewegung von 1968 sie herstellen möchte.
- Vergleichen Sie die Aussagen zum Einsatz von Gewalt mit den Fakten des RAF-Terrors.